



## **Jahresbericht 2011/2012 des Vorstandes der SP Zürich 7 und 8**

Das Berichtsjahr 2011/2012 bescherte der SP 7 und 8 einige Highlights. Einen Glanzpunkt bildete im Mai 2011 die Wahl unseres Gemeinderates Joe Manser zum Gemeinderatspräsidenten und somit zum höchsten Zürcher dieser Amtsperiode. Kurz vorher, im April 2011, war unsere Vorstandskollegin Catherine Heuberger neu in den Kantonsrat gewählt worden und hatte damit den etwas wackligen Sitz ihrer Vorgängerin Katrin Meier verteidigt. Nach intensivem Wahlkampf gelang schliesslich im Herbst unserer Gemeinderätin Jacqueline Badran der Sprung in den Nationalrat, und auch Andi Gross wurde erfolgreich wieder gewählt. An dieser Stelle nochmals herzliche Gratulation an alle.

Vorstandsintern begann das Berichtsjahr mit einer konstituierenden Sitzung im April 2011, wo zu den fünf bisherigen Mitgliedern Helen Glaser, Catherine Heuberger, Ruedi Nöthiger, Micha Sennhauser und Paul Sprecher drei neue – Peti Wiskemann, Andreas Rüegg und ich selber – dazu kamen. Es herrschte von Anfang an eine vertraute und konstruktive Atmosphäre, so waren die verschiedenen Ressorts inklusive der diversen Aufgaben des vakant verbliebenen Präsidiums schnell verteilt, und es konnte gleich zum Tagesgeschäft übergegangen werden.

An insgesamt zehn Vorstandssitzungen wurde die Umsetzung geplanter Aktivitäten diskutiert, auf von Mitgliedern zugeschickte Ideen eingegangen sowie über die laufenden Geschäfte aus Gemeinde- und Kantonsrat informiert. Auch fand ein regelmässiger Austausch mit der Schulpflege statt. An einer Sitzung informierte Fraktionspräsident Marco Gitermann den Vorstand über aktuelle Entwicklungen im Schulkreis.

### **Mitgliederversammlungen und Veranstaltungen**

Auch im Jahr 2011 führten wir regelmässig, in der Regel monatlich, Veranstaltungen für unsere Mitglieder oder auch für eine breitere Öffentlichkeit durch. So stand beispielsweise am Sessionsbrunch vom Juni 2011 mit Nationalrätin Chantal Galladé die Problematik des *Umgangs mit Hooligans* im Zentrum der Gespräche, während an der Mitgliederversammlung vom September 2011 mit Nationalrat Andi Gross das nach wie vor sehr brisante Thema *Parteienfinanzierung* aufgegriffen wurde. Es stellte sich hier die Frage, ob das Thema Parteienfinanzierung von der SP nicht aktiver in die öffentliche Debatte eingebracht werden müsse. Eine weitere Veranstaltung fand im Mai 2011 mit unseren Schulpflegerinnen und Schulpflegern zum Thema Schule statt. Im Februar 2012 liessen wir mit Gemeinderätin

Marianne Aubert und Kantonsrat und Fraktionspräsident Raphael Golta das Format "Runder Tisch" wieder aufleben, in welchem Rahmen unsere Mitglieder auch inskünftig bei Knabbereien und Getränken ungezwungen den direkten Kontakt zu unseren Vertreterinnen und Vertretern auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene pflegen und über aktuelle Themen diskutieren können. Dieses Mal standen insbesondere der geplante Strichplatz sowie die BVK-Sanierung im Zentrum des Interesses.

Bei all diesen Veranstaltungen kam es zu sehr interessanten und engagierten Diskussionen. Trotzdem waren sie teilweise nur sehr mässig besucht. Im Vorstand machten und machen wir uns Gedanken über mögliche Gründe und möglichen Anpassungen in der Planung, um Mitglieder besser anzusprechen, aber auch einen guten Mix zwischen internen und öffentlichen Veranstaltungen zu organisieren, wodurch wir uns auch den Gewinn neuer Mitglieder oder Sympathisanten erhoffen.

Unser traditionelles Sommerfest fand auch letztes Jahr im Juli kurz vor den Sommerferien im Quartierhof Weinegg statt. Der allseits beliebte Chlaushöck zum Jahresende 2011 fand dieses Mal im neuen Quartiertreff Fluntern statt, wo in gleichermassen feierlichem wie ungezwungenem Ambiente bei Kürbissuppe, Nüssli und Wein mit Joe Manser und Andi Gross auf die *National- und Ständeratswahlen* zurückgeschaut und die Wahlergebnisse analysiert wurden. Wir haben uns sehr darüber gefreut, dass der Chlaushöck sehr gut und von zahlreichen langjährigen wie auch neuen jungen Genossinnen und Genossen besucht wurde.

Nebst diesen von uns organisierten Veranstaltungen waren wir im Juni 2011 am Quartierfest Hottingen und im August am Quartierfest Riesbach aktiv präsent. Der Crêpes-Stand am Hottingerfest erfreute sich mit den süss und salzig gefüllten Teigfladen sowohl bei den jüngeren wie auch den älteren Festbesucherinnen und -besuchern einer grossen Beliebtheit und war – trotz einer technischen Panne während des Spitzenandrangs, als zudem gerade Stadtrat André Odermatt gekonnt den Crêpes-Spachtel schwang – als einziger Stand bis Mitternacht in vollem Betrieb.

### **Standaktionen**

Anlässlich der Abstimmungen und Wahlen war unsere Sektion regelmässig mit Standaktionen an der Höschgasse, am Kreuzplatz und in Witikon präsent. Es war auch dieses Jahr nicht immer ganz einfach, genügend aktive Mitglieder zu finden. Wir denken über Möglichkeiten nach, wie wir die Leute besser aktivieren können. Wie im Vorjahr haben wir auch dieses Jahr an den Standaktionen vermehrt auch aufs Unterschriftensammeln für Initiativen und

Referenden gesetzt und dabei sehr gute Erfahrungen im Kontakt mit der Bevölkerung gemacht. Zu erwähnen ist hier auch die erfolgreiche Aktion mit den mit frischen Äpfeln und Birnen gefüllten roten SP-Tüten im Vorfeld der NR- und SR-Wahlen sowie die frischen rote Rosen, die wir frühmorgens an Passantinnen und Passanten verteilten und sie so auf den Wahlsonntag aufmerksam machten.

### **Nationalrats- und Ständeratswahlen 2011**

Nebst den Standaktionen und Verteilern unterstützte der Vorstand die von Gemeinderat und Nationalratskandidat Jean-Daniel Strub initiierte Podiumsdiskussionsreihe, die zwischen dem 26. September und 1. Oktober 2011 unter dem Titel „*Wir sind im Gespräch- Nachdenken über die Schweiz von heute für die Schweiz von morgen*“ stattfand. An drei öffentlichen Podiumsdiskussionen debattierten unsere Kandidierenden mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wissenschaft, Kultur und Journalismus über *Soziale Nachhaltigkeit, die politische Kultur der Schweiz* oder über die Probleme des *Mittelstands*.

### **Weitere Informationen aus der Sektion**

Der Mitgliederbestand ist trotz den 14 aktiven Neueintritten und 6 Übertritten aus anderen Sektionen leicht zurückgegangen. Nebst Übertritten in andere Sektionen gab es mehrere – darunter auch prominente – Austritte aufgrund der Nichtnomination von Anita Thanei für die Nationalratswahlen. Wir bedauern diese Austritte sehr.

Per Ende Februar 2012 ist Eva-Maria Würth in den Gemeinderat nachgerückt, nachdem Regula Enderlin Cavigelli aus persönlichen Gründen Anfang 2012 ihren Rücktritt erklärt hatte. Wir danken Regula und wünschen Eva-Maria einen guten Start.

Auch dieses Jahr planen wir regelmässige interne und öffentliche Veranstaltungen und freuen uns, dabei mit Mitgliedern, Sympathisantinnen und Sympathisanten und der breiten Quartierbevölkerung in Kontakt zu treten, ihre Anliegen und Anregungen aufzunehmen und uns über aktuelle politische Entwicklungen und Meinungen auszutauschen.

Im Namen des Vorstands danke ich an dieser Stelle allen Mitgliedern, Sympathisantinnen und Sympathisanten für ihr Engagement im letzten Jahr.

Für den Vorstand der SP Zürich 7 und 8: Sofia Karakostas

## **Budget – kein Budget – doch ein Budget – aber so geht das doch nicht**

### **Die Geschichte des Zürcher Gemeinderates im Jahr der Budgetrückweisung**

*Bericht aus dem Gemeinderat von Marianne Aubert für 2011/2012*

Anstatt wie vorgesehen und ordentlich traktandiert im Dezember 2010 fand die Budgetdebatte im März 2011 statt, für das Jahr 2011 wohlverstanden. Denn eine Sparallianz aus SVP, FDP, CVP, EVP und GLP hatten das Budget 2011 im Dezember 2010 mit 64 zu 61 Stimmen knapp zurückgewiesen. Dies war eine rechtsstaatlich zwar erlaubte, nichtsdestotrotz äusserst unangenehme Situation, v.a. für unsere vier SP- und die zwei grünen Stadträt/innen (neben zwei FDP-Stadträten und einem CVP-Stadtrat). So sahen sich unter anderem die rund 28'000 städtischen Angestellten um ihre Aufstufungen, Gratifikationen und Lunchchecks geprellt. Keine Motivation für ausserordentliche Leistungen!

Leider konnte die Budgetrückweisung der SVP mit ihren Bündnispartnern – und darum handelt es sich im wahrsten Sinn des Wortes – von Links-Grün nicht abgewehrt werden. Die SVP liess die beteiligten Parteien vorgängig unterschreiben, dass sie das Budget 2011 zurückweisen werden. Der SVP hinterher trotzte zu unserem Leidwesen auch die GLP, die seit Mai 2010 im Rat vertreten ist.

Konkret lautete der Rückweisungsantrag der SVP: *„Der Voranschlag 2011 wird mit der Aufforderung an den Stadtrat zurückgewiesen, dem Gemeinderat einen neuen Voranschlag vorzulegen, der folgende Rahmenbedingungen einhält:*

- 1. Reduktion der Ausgaben, so dass die laufende Rechnung ausgeglichen wird (anstelle eines Defizits von Fr. 220 Mio.).*
- 2. Keine Erhöhungen von Steuern, Gebühren, Abgaben und Bussen.“*

Unsere Antwort (Ausschnitt aus der Fraktionserklärung der SP):

*„SVP, FDP, CVP, EVP und GLP gefährden mit ihrem Rückweisungsantrag, der in einem Jahr 220 Millionen kürzen will, mutwillig die Erfolgsgeschichte der Stadt Zürich. Denn von 8 Milliarden Franken des städtischen Budgets sind „nur“ 1,6 Milliarden Franken beeinflussbar. Diese Summe um 220 Millionen Franken zu verringern, ist kein Kinderspiel.*

*Klar ist: Eine Kürzung der Ausgaben in diesem Umfang wird für die Stadtbevölkerung spürbare Folgen haben.“*

In der Folge waren viele Sitzungen des Gemeinderates im Jahr 2011 geprägt von diesem Beschluss. Immer wieder mussten wir uns für die abgespeckten 220 Mio. einsetzen, um wenigstens die wichtigsten Anliegen doch noch möglich zu machen – dies gelang zum Teil mit verschiedenen, abtrünnig gewordenen Mitgliedern des SVP-Bündnisses. So wurden z.B. die Lunchchecks auf Mitte Jahr wieder eingeführt und der Stadionbau konnte mit Hilfe der CVP wieder in die Planung aufgenommen werden. Wir retteten von den davonschwimmenden Fellen, was zu retten war. Leider konnten im Gegenzug längst nicht alle Themendebatten, wie wir sie in anderen Jahren lanciert hatten, stattfinden.

Daneben standen aber auch wichtige Weisungen des Stadtrates auf der Tagliste:

Im Februar und März 2011 wurde der Neuerlass der Allgemeinen Polizeiverordnung (APV) behandelt. Es galt, einen Spagat zu machen zwischen der 24-Stunden-Gesellschaft und dem Erholungsbedürfnis der Bevölkerung. Was ist neu? Einige Beispiele:

- Neu gibt es definierte Plätze, auf denen politische Parteien unentgeltlich Standaktionen durchführen können.
- Verboten bleiben (zum Glück) das freie Plakatieren, das Aufhängen von Transparenten und Werbung auf öffentlichem Grund sowie die Lichtverschmutzung mit Skybeamern.
- Ein Kernanliegen der Linken konnte umgesetzt werden: „Die Polizeiorgane in Uniform tragen Namensschilder, im unfriedlichen Ordnungsdienst eine individualisierte Kennzeichnung.“

- Kontrovers diskutiert wurde das Thema Alkoholabgabe; neu gilt die folgende Regelung: „Bei Veranstaltungen mit hohem Gefährdungspotential darf der Stadtrat am Veranstaltungsort und in der näheren Umgebung die Abgabe von Bier mit über 3 Vol.-% Alkohol zeitlich befristet verbieten.“
- Auch die Ruhezeiten gaben zu reden: Der Linken gelang es, den ultraliberalen Vorschlag zur vollständigen Aufhebung der Erholungszeiten abzuwenden. Allerdings stimmten wir der Kürzung der Nachtruhe um 1 Stunde jeweils freitags und samstags im Sommerhalbjahr zu. Es handelt sich um die folgenden drei Phasen: Arbeitszeiten (7-12 Uhr, 13-20 Uhr,) Erholungszeiten (12-13 Uhr, 20-22/23 Uhr) und Nachtruhe (22/23-7 Uhr).
- Vieles ist neu erlaubt: Nächtigen im Freien, Grillieren in Parkanlagen und Schwimmen ausserhalb der Badeanstalten ganz nach dem Motto „Mis Dach isch de Himmel vo Züri und s Bellevue mis Bett woni pfus ...“

Wir hoffen, dass diese neue Verordnung, die am 1. Januar 2012 in Kraft getreten ist, mit dazu beiträgt, das Zusammenleben in der Stadt zu verbessern.

Weitere Geschäfte des Stadtrates waren die überarbeitete Datenschutzverordnung sowie die Prostitutionsgewerbeverordnung und der Strichplatz, in deren Beratungen die Kommissionen und die Fraktionen viel Zeit investierten. Gegen letzteren wurde von der SVP das Referendum ergriffen, weshalb es im März nun zu einer Volksabstimmung kommen wird. Alle anderen Parteien sprechen sich für den Strichplatz aus, handelt es sich doch um ein ganzes Paket von Massnahmen, die der unhaltbaren Situation und dem Elend am Sihlquai ein Ende bereiten sollen.

Akzente setzte die Linke im Gemeinderat auch bei einigen Einzelgeschäften: Der Antrag des Stadtrates auf Verlängerung der Polizeilichen Datenbank GAMMA, der so genannten Hooligan-Datenbank, wurde mit Hilfe der Mehrheit der SP-Fraktion abgelehnt.

Einer der Höhepunkte im vergangenen Amtsjahr war der Gegenvorschlag des Gemeinderates zu unserer SP-Initiative „Wohnen für alle“ von Jacqueline Badran, der nach längerem Ringen zustande kam. Er ermöglichte es, im Abstimmungskampf gemeinsam mit dem Stadtrat für bezahlbaren Wohnraum auftreten zu können. Dies ebnete den Weg für den schliesslich überzeugenden Erfolg an der Urne im November 2011.

Nur selten erreichen isolierte Vorstösse einzelner Ratsmitglieder ein breites mediales Echo. Erwähnenswert ist eine schriftliche Anfrage von Esther Straub und Katrin Wüthrich zu möglichen Asbestopfern unter ehemaligen städtischen Angestellten, u. a. Mitarbeiter/innen des Kehrtheizkraftwerkes Hagenholz. Die Anfrage führte zu einer konkreten Motion für einen Entschädigungsfond für Asbestopfer und löste nicht nur Berichte in der Lokalpresse, sondern auch eine Berichterstattung im Tessiner Fernsehen aus.

Des Weiteren reichten die Fraktionen der SP, Grünen und GLP im Sommer 2011 gemeinsam zwei Motionen ein, in denen sie einerseits einen Atomausstieg bis 2034 und andererseits vom Stadtrat einen verbindliche Strategie zur Erreichung dieses Ziels fordern.

So viel zur Arbeit im Rat als solche. Personell gab es auffallend viele Rücktritte aus dem Gemeinderat: Waren es im vergangenen Jahr im gesamten Gemeinderat doch deren 15. Allein in der SP-Fraktion verzeichneten wir fünf Rücktritte. In unserer Sektion folgte auf Jacqueline Badran nach ihrer Wahl in den Nationalrat, Regula Enderlin. Sie trat jedoch aus persönlichen Gründen bereits wieder zurück. Nachgerückt ist Eva-Maria Würth.

Und zu guter Letzt noch kurz etwas zur Arbeit „unserer“ Ratsmitglieder:

Das präsidiale Amtsjahr von Joe Manser ist schon bald zu Ende. Er leitet die Sitzungen ohne erhobenen Zeigefinger, dafür mit einer gesunden Portion Humor und Schlagfertigkeit. Er hat diese anspruchsvolle Aufgabe – sie kann zeitweise mit dem Hüten von einem Sack voll Flöhen verglichen werden – mit Bravour gemeistert.

Jacqueline Badran kam ihrem Hauptanliegen – der Erhöhung des gemeinnützigen Wohnanteils auf 33 % – durch die obenerwähnte Volksabstimmung einen guten Schritt näher. Daneben beschäftigte sie sich vor ihrer Wahl in den Nationalrat noch mit der Rücknahme der Steuersenkungen auf dem Kapital, mit dem Abschöpfen des Mehrwertes bei Umzonierungen und mit der Auflösung des Baurechtsvertrages mit der FIFA betreffend den Sonnenberg.

Jean-Daniel Strub engagiert sich als Vizepräsident der Fraktion und arbeitet immer noch in der Spezialkommission Schul- und Sportdepartement/Präsidialdepartement mit.

Helen Glaser hat ihr erstes grosses Geschäft – die Tarifierung der ewz und verschiedene Begleitvorstösse – vorbereitet und die Fraktion grösstenteils von ihren Vorschlägen überzeugt; die Ratsdebatte folgt dann im März 2012.

Und Marianne Aubert hat ihre Akzente in der Spezialkommission „Polizeidepartement/Verkehr“ auf die Allgemeine Polizeiverordnung und Prostitutionsgewerbeverordnung gelegt.

Februar 2012, Marianne Aubert

## Jahresbericht 2011/2012 aus dem Kantonsrat

Die SP-Fraktion im Kantonsrat hat seit den letzten Wahlen im April 2011 noch 35 Sitze und damit einen Sitz weniger als in der Legislatur davor, dafür kann sie auf zahlreiche neue jüngere bis sehr junge Mitglieder zählen – darunter neu auch meine Wenigkeit (ich gehöre aber leider nurmehr zu den „Jüngeren“, vgl. nachfolgend). Fast jedermann hatte mir vor dem Urnengang prophezeit, die Verteidigung des zweiten SP-Sitzes im Wahlkreis Zürich 7/8 würde schwierig bis unmöglich werden: Es war insgesamt ein Sitz weniger zu verteilen (einer der bisherigen sieben Sitze ging wegen Bevölkerungsverschiebungen an den Wahlkreis Hinwil), die Grünliberalen würden sicher neu einen Sitz machen, und die FDP würde ihre beiden Sitze bestimmt verteidigen... So war die Überraschung am Wahlsonntag perfekt, als nach einem nervenaufreibenden Nachmittag vor dem Computer auf der Seite des Statistischen Amtes des Kantons Zürich hinter meinem Namen tatsächlich ein „gewählt“ prangte – und die FDP in ihrer Hochburg Zürichberg ihren zweiten Sitz und die CVP ihren einzigen Sitz (der allerdings schon 2010 in der Person von Susanne Brunner zur SVP übergelaufen war) verloren hatte!

An der frühlingsabendlichen Wahlfeier im und vor dem Restaurant Certo standen dann vor allem unsere drei neugewählten Studis mit Jahrgang 1987 (!) im Fokus der Kameras und Mikrofone. Sie haben ihre Sache bisher sehr gut gemacht, sind mutig und provozieren ab und an spannende Diskussionen.

Leider hat sich mit den Wahlen das Mehrheitsverhältnis zu Gunsten der Bürgerlichen noch verstärkt. Mitte-Links-Mehrheiten sind kaum noch möglich. Insbesondere die beiden „neuen“ Parteien, BDP und GLP, vertreten auf kantonaler Ebene (im Gemeinderat von Zürich soll es bei der GLP ja zum Glück etwas anders sein) ausgesprochen bürgerliche Positionen. In der Finanzpolitik stehen wir meist alleine da; so auch bei der Festsetzung des Steuerfusses oder bei unserem Widerstand gegen die pauschale Kürzung von 370 Millionen im Budget 2012. Dabei drückte sich die bürgerliche Allianz von SVP bis GLP einmal mehr um klare Aussagen, wo abgebaut werden soll. Finanzpolitische Verantwortung sieht anders aus. Ohne Aussichten auf Mehrheiten und ohne eine Regierung, die in unserem Sinn die eigenen Fraktionen hinter sich bringen kann, steht die SP-Fraktion vor der grossen Herausforderung, ihre kantonale Politik der Bevölkerung, den Wählerinnen und Wählern sichtbar zu machen.

Das Sichtbarmachen im wörtlichen Sinn ist mir bisher zumindest einmal gelungen. Gegen Ende Oktober 2011 hielt ich mein erstes Votum im Rat. Studien- (aber nicht Gesinnungs)-Kollegin Barbara Steinemann von der SVP hatte einen populistischen Vorstoss zum Thema Vermummungsverbot eingereicht (Anlass: Nationalrat Hans Fehr war an der Albisgütli-Tagung 2011 von teilweise Vermummten zusammengeschlagen worden). Ich befolgte alle guten Ratschläge von KollegInnen (nimms locker, das mit der Nervosität hält eh noch eine Weile an; klemm einen Karton unter Dein Votum, damit das Papier nicht mit Deinen Händen mitzittert; sprich sehr laut, die Mikrofonanlage ist eher leistungsschwach) und hielt beherzt (aber dann leider doch einen Tick zu leise!) mein Votum – und nach Sitzungsschluss bat mich gleich TeleZüri zum Statement! In der Abendsendung durfte ich neben Martin Graf und Claudio Zanetti – untermalt von nächtlichen Demoszenen am Central – erklären,

warum ein sofortiges Eingreifen der Polizei bei jedem Vermummten in einer friedlichen Demo mehr Schaden anrichtet als etwas Zurückhaltung.

Bei der Verteilung der Kommissionssitze hatte ich Glück und wurde meiner Wunschkommission, der KJS (Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit) zugeteilt. Nur leider hatten wir im vergangenen Ratsjahr (wenn ich meinem Kommissionskollegen Martin Naef glauben darf) so wenig zu tun wie kaum je zuvor! Spannend wurde es eigentlich erst Anfang dieses Jahres, als uns Vertreter des MieterInnen- und des Hauseigentümergeverbandes aufsuchten, um pro und kontra die beiden MV-Volksinitiativen für ein kostenfreies Mietgericht und eine Wiedereinführung der Offenlegungspflicht des Mietzinses des Vormieters bei Neuvermietungen zu plädieren. Leider steht schon jetzt fest, dass im Rat beide Initiativen auf Ablehnung stossen werden. Bei der ersten Initiative haben wir (Grüne/AL und SP) allerdings einen Gegenvorschlag formuliert, wonach zumindest auf das Einholen eines Kostenvorschusses vor Mietgericht verzichtet werden soll. Die Chancen scheinen intakt, dass zumindest dieser Gegenvorschlag im Kantonsrat eine (knappe) Mehrheit finden wird; Gespräche mit der CVP und der EDU, die wir noch ins Boot holen möchten, laufen. Am Schluss liegt der Ball beim Volk.

Ansonsten hat uns zu Beginn der neuen Legislatur das Spitalplanungs- und Finanzierungsgesetz beschäftigt. Das revidierte Krankenversicherungsgesetz des Bundes verlangt von den Kantonen die Abgeltung von Spitalkosten in sogenannten Fallpauschalen (DRG). Der Kantonsrat musste deshalb das Spitalplanungs- und Finanzierungsgesetz im Schnellzugstempo anpassen. Doch was die bürgerliche Mehrheit im Rat aus dem Gesetz gemacht hat, ist nicht in unserem Sinne. Neu erhalten Spitäler für die Behandlung von zusatzversicherten Patientinnen und Patienten Gelder der öffentlichen Hand. Ursprünglich war dafür ein Fonds vorgesehen, der eine Gewinnabschöpfung ermöglicht hätte. Dieser wurde von der bürgerlichen Mehrheit im Rat gekippt. Die Spitäler werden mit dem neuen Gesetz in einen Konkurrenzkampf um zusatzversicherte Patientinnen und Patienten geschickt. Daraus entsteht ein Wettbewerb, welcher die Qualität gefährdet. Je freier der Markt, desto grösser der Druck auf das Personal. Im Gesetz fehlen sodann auch jegliche Mindeststandards zu Anstellungsbedingungen des Gesundheitspersonals. Vertreter und Vertreterinnen der SP und des VPOD haben deshalb dagegen das Referendum ergriffen. Die Vorlage wird im Juni 2012 in drei Varianten zur Abstimmung kommen.

Im Weiteren kamen Anfang dieses Jahres die zwei Volksinitiativen „Freie Schulwahl für alle“ und „Der Kunde ist König“ in den Kantonsrat. Die SP hat sich gegen beide Initiativen eingesetzt. Erstere gefährdet die Qualität der Volksschule als zentrale Institution für Chancengleichheit und Integration; zweitere fordert eine grenzenlose Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten, was aus unserer Sicht unnötig ist. Mit dieser Ansicht stand die Fraktion nicht alleine da: Beide Initiativen wurden im Rat bachab geschickt. Auch über diese beiden Ansinnen hat nun das Volk zu entscheiden.

Schliesslich haben wir uns kürzlich mit einem Begehren aus dem Wahlkreis Zürich 7/8 befasst: Einer Behördeninitiative des Gemeinderates von Zürich betreffend Realisierung einer direkten Buslinie von Witikon ins Stadtzentrum. Um es vorweg zu nehmen: Die Behördeninitiative erhielt nicht die 60 Stimmen, die für die vorläufige Unterstützung nötig gewesen wären. Zur Vorgeschichte: Der Gemeinderat hatte eine gemeinderätliche Motion aus dem Jahre 2007 – nota bene selbst mit Unterstützung

der linken Ratsseite – abgeschrieben und war dem Stadtrat darin gefolgt, aus Kostengründen (die Stadt hätte das Ganze selber finanzieren müssen) auf eine kreditschaffende Weisung für eine Direktbuslinie zu verzichten. In der Folge wurde dann aber – man ist fast versucht, zu sagen: einfach – eine Behördeninitiative beim Kantonsrat eingereicht, in welcher unüblicher- und unglücklicher Weise nicht einmal ein Wort der Begründung stand. Die Mehrheit der SP-Fraktion war der Meinung, dass Fahrplanbegehren nicht in den Kantonsrat gehören und die Behördeninitiative deshalb nicht umsetzbar ist. Um die Debatte über das Thema dennoch aufrecht zu erhalten, haben wir den Weg über ein Postulat eingeschlagen. Ein solches habe ich am 30. Januar 2012 mitunterzeichnet (KR-Nr. 45/2012) , und nun harren wir der Antwort der Regierung.

Catherine Heuberger, im März 2012

# **Jahresbericht 2011 der linken Fraktion der Kreisschulpflege Zürichberg**

Im April 2011 reichte Susanne Raess-Eichenberger (Grüne) nach fast 10jähriger Mitgliedschaft der Kreisschulpflege Zürichberg ihren Rücktritt ein. Damit verlor die linke Fraktion ein äusserst profiliertes Mitglied. Susanne war 3 Jahre ordentliches Mitglied der Aufsichtskommission Wittikon, anschliessend 5 Jahre deren Präsidentin und danach ein Jahr Präsidentin der Aufsichtskommission Riesbach/Balgrist-Kartaus. Seit 2005 war sie Mitglied der Geschäftsleitung der KSP Zürichberg und seit 2006 Mitglied des Rekursausschusses. Die linke Fraktion dankt Susanne Raess-Eichenberger für ihr grosses Engagement in unserer Behörde.

Am 30. Juni wählte die Plenarversammlung den Schreibenden als Nachfolger ins Präsidium der AK-Kommission Riesbach/Balgrist-Kartaus und somit auch als Mitglied der Geschäftsleitung. Die Grünen stellten Robert Hurst als ordentliches Mitglied der gleichen AK sowie als Nachfolger im Rekursausschuss. Damit besetzt die SP wieder zwei (Rolf Wolfensberger und Marco Gitermann) und die Grünen eines (Daniel Heierli) der AK-Präsidien.

Thematisch stand die Fortführung der eingeleiteten, räumlichen Veränderungen im Schulkreis Zürichberg an: Ebenfalls am 30. Juni 2011 entschied die Plenarversammlung, das Schulhaus Münchhalde spätestens mit Fertigstellung des Erweiterungsbaus Hofacker (2017/2018) als Standort aller Klassen der K&S Zürich einzusetzen, welche bisher in den Schulhäusern Im Birch und Neumünster stationiert sind. Von diesem Zeitpunkt an sollen die Regel-Sekundarklassen in den beiden Schuleinheiten Hirslanden und Hofacker, inkl. Neumünster, geführt werden.

Am 21. November 2011 entschied die Geschäftsleitung der KSP, im kommenden Schuljahr (2012/2013) die 3. Sek-Klassen des Schulhauses Münchhalden künftig zusammen mit den 3. Sek-Klassen des Schulhauses Hofacker gemeinsam im Schulhaus Neumünster zu führen und dafür die K&S-Klassen des Schulhauses Neumünster ins Schulhaus Münchhalde zu verschieben. Diese Veränderungen betreffend der Nutzung des Schulhauses Münchhalde gab natürlich im Quartier einiges zu reden. Und ebenso selbstverständlich ist, dass diese Entwicklung auch weiterhin für Gesprächsstoff sorgen wird. Es liegt im Interesse aller Beteiligten, diese Diskussion unter Einbezug aller Aspekte sorgfältig und mit Bedacht zu führen.

Als Fraktionsleiter der linken Fraktion schätze ich das grosse Engagement der Fraktionsmitglieder und begrüsse den offenen und respektvollen Umgang sowohl in der Fraktion als auch in der Behörde.

27. Februar 2012, Marco Gitermann